

26/2017

Austausch mit Bundesinnenminister de Maizière

Aktuelle beamten- und tarifpolitische Themen standen im Mittelpunkt des ersten Spitzentreffens der neu gewählten dbb-Führung mit Bundesinnenminister Thomas de Maizière am 5. Dezember 2017 in Berlin. De Maizière und Staatssekretär Hans-Georg Engelke hießen den dbb Bundesvorsitzenden Ulrich Silberbach, dbb Vize und Fachvorstand Beamtenpolitik Friedhelm Schäfer sowie den stellvertretenden dbb Bundesvorsitzenden und Fachvorstand Tarifpolitik Volker Geyer im Bundesinnenministerium willkommen und gratulierten den drei hauptamtlichen Mitgliedern der dbb Bundesleitung zu ihrer Wahl.

Mit Blick auf die angesprochene Wochenarbeitszeit der Bundesbeamten erneuerte die dbb-Delegation die Forderung nach einer Angleichung an das Niveau der Tarifangehörigen. Weitere Themen des Spitzentreffens im Bundesinnenministerium waren die vom dbb seit Langem angemahnte Modernisierung des aus dem Jahr 1974 stammenden Bundespersonalvertretungsgesetzes sowie die aktuelle Diskussion über eine von der SPD zum politischen Ziel erklärte Bürgerversicherung. Auch hier bezogen Silberbach, Schäfer und Geyer gegenüber dem Bundesinnenminister klar Position: „Mit einer solchen Einheitskasse würde nichts besser, sondern sehr Vieles sehr viel schlechter werden“, warnte dbb Chef Silberbach und fügte hinzu, dass der dbb die SPD-Vorstöße als Angriff auf das bewährte eigenständige und verfassungsrechtlich verankerte Sicherungssystem der Beamten betrachte. „Dem werden wir uns mit aller Entschlossenheit entgegenstellen“, betonte Silberbach.

Von der ab Februar 2018 anstehenden Einkommensrunde für die Beschäftigten von Bund und Kommunen erwarten die Gewerkschaften in erster Linie ein spürbares Einkommensplus. In Anbetracht der zunehmenden Schwierigkeiten, geeigneten und motivierten Nachwuchs für den öffentlichen Dienst zu gewinnen, müsse das Gehalt als wesentliches Attraktivitätsmerkmal nachhaltig gestärkt werden, erklärten die dbb-Vertreter, dies gelte sowohl für den Arbeitnehmer- als auch für den Beamtenbereich (incl. Versorgungsbereich).

Deutschlandweit sind immer mehr ältere Menschen länger in Arbeit

Deutschland hat bei der Beschäftigung Älterer im internationalen Vergleich zuletzt am meisten zugelegt. An anderer Stelle ist Deutschland im Vergleich der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) dagegen Schlusslicht: Frauen hinken Männern nämlich bei den Alters-einkünften mit einer Lücke von 46 Prozent am stärksten hinterher. Auch für Niedrigverdiener im Alter habe Deutschland zu wenig getan, so die aktuelle Studie der OECD. Es fehle eine Mindestrente. Bei den 55- bis 64-Jährigen hat Deutschland seit 2000 die Beschäftigungsrate um mehr als 30 Prozentpunkte gesteigert. Für die OECD-Experten ist dies eine positive Entwicklung, denn längeres Arbeiten entlaste die Rentenfinanzen, und die künftigen Alterseinkünfte gerieten im demografischen Wandel weniger stark unter Druck. Bei den 55- bis 59-Jährigen sind in Deutschland etwa 80 Prozent in Beschäftigung, bei den 60- bis 64-Jährigen noch 56 Prozent. Während sich diese Werte über OECD-Durchschnitt bewegen, liegt Deutschland bei den 65- bis 69-Jährigen zwei Prozentpunkte unter dem Schnitt von gut 20 Prozent. Kritisch sehen die OECD-Experten die jüngsten Reformen zum Übertritt in die Rente. Das Flexirenten-Gesetz berge das Risiko, dass mehr Menschen früher in Rente gehen. Gedacht hatten Union und SPD das Gesetz, um die Rentenübergänge flexibler zu machen und auch beim Arbeiten über das normale Rentenalter hinaus noch die Rente zu steigern.

Wir wünschen allen Lesern/Innen eine schöne und besinnliche Adventszeit.